Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.80 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 877.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 214. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 10. Oktober 1933. | 15. Jahrgang.

Ein Strahl der Sonne für das Auge,
Ein Strahl des Glaubens fürs Gemüt,
Ein Strahl der Freiheit für die Liebe,
Ein Strahl Begeist'rung für das Lied,
Ein Strahl der Liebe für das Leben,
Ein Strahl der Hoffnung für den Tod:
Das, Vater unser, hoch im Himmel,
Bescher mir als mein täglich Brot.

H. v. Moltke.

Das Schuldenproblem.

Im Zuge der sich seit dem 30. Januar überstürzenden Ereignisse und an der Freude über den kraftvollen Impuls, der von der nationalsozialistischen Staatsführung ausgeht, liegt es, daß ein Problem weit zurück gerückt erscheint, das auch aus dem Hintergrunde Schatten auf alles Geschehen wirft. Es ist das Schuldenproblem, welches Währungs- und Zinsfragen beeinflußt, es ist das Schuldenproblem, das die Entwicklung unseres Außenhandels hemmt, es ist das Schuldenproblem, welches das Tempo der Durchdringung der Wirtschaft mit nationalsozialistischem Gedankengut, gemessen an der Totalität auf allen anderen Gebieten, verzögert.

Fragen wie die der Geldschöpfung, der Brechung der Zinsknechtschaft und andere, die allezeit im Aufwärts gründlich erörtert wurden, hängen in ihrer Lösung wesentlich, vielleicht fast ausschließlich von der Verflochtenheit der zwischenstaatlichen Kapital- und Kreditwirtschaft ab.

Deutschland hängt nicht im luftleeren Raum, es ist keine *Insel* Utopia.

Deutschland ist in der Hauptsache Veredelungsland, dessen Rohstoffbasis zum guten Teile außerhalb der Reichsgrenzen liegt.

Das Verdienst der nationalsozialistischen Staatsführung ist es, die Erkenntnis dieser Zusammenhänge und Verflechtungen in den Dienst realer Politik gestellt zu haben, wiewohl es in den Tagen der nationalen Revolution viel populärer gewesen wäre, den Banken und Börsen ganz anders zu Leibe zu gehen, als es geschehen ist, der Wirtschaft Bedingungen und Gesetze aufzuzwingen, die nationalsozialistischer Ideenwelt entspringen, die aber der tatsächlichen Lage nicht entsprochen und darum zum Abstieg anstatt zum Aufstieg geführt hätten.

Nicht umsonst haben die Führer mit besonderer Betonung erklärt, daß man den nationalen Sozialismus durchführen werde, daß man jedoch das Gesetz des Handelns sich nicht vorschreiben lasse, sondern als autoritäre Regierung dieses Gesetz des Handelns selbst diktiere.

Im Ausland hatte man mit einem Zug von vorweggenommener Schadenfreude erwartet, daß der Idealismus die Realitäten überspringen und so das nationalsozialistische Deutschland zur Kapitulation zwingen werde.

Wie nun stellt sich uns dieses Schuldenproblem dar und welche Wirkungen hat es?

Das Deutschland, das den Krieg verloren und sich einbildete, die Revolution von 1918 gewonnen zu haben, nahm zur Ankurbelung seiner Friedenswirtschaft Kredite auf, Kredite, die vor allem aus **politischen** Gründen gegeben und genommen wurden.

Die Erbschaft dieser politischen Kredit- bezw. Schuldenwirtschaft mußte das nationalsozialistische Deutschland übernehmen. Es wäre wohl der Weg denkbar gewesen, den Sowjetrußland ging, nämlich der, daß das nationalsozialistische Deutschland von sich aus seine Schulden an das Ausland annullierte.

Aber ein Land, **dessen Rohstoffbasis im Auslande und in Uebersee liegt,** konnte nicht den gleichen Weg beschreiten wie das rohstoffreiche Rußland, und so erklärte Adolf Hitler folgerichtig, daß das nationalsozialistische Deutschland willens sei, die kommerziellen Verpflichtungen zu erfüllen, vordringlich sei jedoch die Gesundung des deutschen Volkes. Welche kommerziellen Schulden nun hat Deutschland:

Im Juli 1931 betrugen sie rund 29 Milliarden und diese unerhörte Belastung wäre zweifelsohne noch weiter gestiegen, wenn nicht ein Wechsel in der Staatsführung eingetreten wäre.

Stellen wir gegenüber:

	Juli 1931	Februar 1933
Kurzfristige	13,1	8,7 Milliarden
Langfristige	10,7	10,3 Milliarden
Anlagen von Ausländern in Deutschland, Beteiligungen usw.	5,9	4,2 Milliarden
	29,7	23,2 Milliarden

Wie verteilen sich diese Kredite des Auslandes (kurzfristige und langfristige, denn über die Verteilung der übrigen Kredite ist nichts bekannt):

	Öffentliche Hand	Banken	Industrie, Handel Verkehr, Landwirtschaft	Sonstige
langfrist.	3.7	1.5	4.6	0.4
kurzfrist.	0.4	4.2	3.6	0.4

in Milliarden Mark

In Industrie, Handel, Verkehr und Landwirtschaft sind die kurzfristigen Schulden von den langfristigen um eine Milliarde auseinander.

Die Banken haben weit mehr kurzfristige Schulden als langfristige. Die kurzfristigen Schulden der öffentlichen Hand sind so weit geringer als die langfristigen.

Die Unruhe geht immer wieder von den kurzfristigen Verschuldungen aus, zu welchem Zwecke das Stillhalteabkommen mit den Gläubigern getroffen wurde, um vor allem die Reichsmark nicht zum Spekulationsobjekt werden zu lassen, um unsere Sparer und Rentner einer neuen Inflation zu entheben.

Es ist eine erstaunliche Leistung, wenn Deutschland mitten in einer Krise von unerhörter Dauer und Härte, durchtobt von politischen Machtkämpfen, mehr als 6 Milliarden von seinen Auslandsschulden abtrug und trotzdem seine Währung stabil hielt. Das sollten die Gläubiger Deutschlands gebührend anerkennen.

Daß in diesem Tempo in der Schuldabtragung nicht fortgefahren werden konnte, ohne die deutsche Wirtschaft zugrunde zu richten, ist verständlich. Seit September 32 bis Februar 33 sind etwa 1½ Milliarden zurückgezahlt worden (bereits in den 6,5 Milliarden enthalten). Trotz allem, wir haben noch 23,2 Milliarden Schulden zu verzinsen und zu amortisieren und wenn uns auch die Dollar- und Pfundentwertung zu Hilfe kommt, die Last ist groß.

Lassen wir die Anlagen und Beteiligungen von Auslandgläubiger in Deutschland mit 4,2 Milliarden (Siehe vorstehende Gegenüberstellung) außer Betracht, dann verbleiben für Ende Februar 1933 rund 19 Milliarden.

Deutsches Bauerntum

Wer seit etwa einem Jahrzehnt die Arbeit der deutschen Bauernvolkshochschule aufmerksam verfolgt hat, der hat sich über die höchst bedeutsamen Kundgebungen unserer Regierung auf dem Ehrentag der deutschen Bauern in Hameln ganz besonders gefreut. Denn hier wird das, was bisher Gedanken- und Hoffnungsgut eines kleinen Kreises war und um was in der Verborgenheit gerungen und gearbeitet wurde, zum Regierungsprogramm erhoben und zur Sache des ganzen Volkes gemacht.

„Der Bauer ist nicht mehr ein Wirtschaftszweit in der Fülle anderer Wirtschaftsstände, sondern er ist die Quelle unseres völkischen Lebens und das Fundament unseres staatlichen Seins." So leitete Minister und Bauernführer Darré seine Rede ein. Wir stellen daneben die bedeutsamen Sätze aus der Rede des Führers Adolf Hitler:

„So wie der Liberalismus oder der demokratische Marxismus den Bauern verleugneten, so **bekennt sich die nationalsozialistische Revolution bewußt zu ihm als dem sichersten Träger der Gegenwart,** dem einzigen Garanten für die Zukunft. Wir wissen, daß der Ruin des deutschen Bauern das Ende des deutschen Volkes sein würde. Der Sinn unseres politischen Kämpfens und Ringens ist aber nicht die Gewinnung oder gar Eroberung fremder Völker, sondern die Erhaltung und Sicherung unseres eigenen Volkes. Wir treten daher mit Entschlossenheit ein für das deutsche Bauerntum. Und wir kennen hier keine Kompromisse und auch keine Halbheiten. Der Blick auf unsere Bevölkerungsstatistik zeigt uns, daß die Zukunft der Nation schon heute ausschließlich abhängt von der Erhaltung des Bauern. Es ist daher die Aufgabe der Staatsführung zuvörderst dieses Element, von dessen Leben Fortdauer oder Vernichtung unseres Volkes abhängen, unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu erhalten."

Man hat also in unserer Zeit die grundlegende Bedeutung eines gesunden, lebensfähigen deutschen Bauerntums wieder erkannt, und den neuen Führern liegt es am Herzen, daß diese Erkenntnis dem ganzen deutschen Volke eigen werde. Das war doch wohl der Sinn des diesjährigen Erntedankfestes, daß zum erstenmal ein Fest des ganzen Volkes sein sollte, ein Tag, an dem nicht nur der Bauer darüber sich freuen darf, daß seine Scheuern und Keller sich wieder gefüllt haben; ein Tag vielmehr, an dem das ganze Volk sich darauf besinnt, daß es von der mühsamen Arbeit des Landwirts lebt und damit letztlich von der schenkenden Güte des Schöpfers Himmels und der Erde abhängig ist.

So ist nun wohl die Zeit vorbei, wo der Bauernstand als ein niedriger, verachteter Stand galt, den man in jeder Weise glaubte verachten und herabsetzen zu dürfen. Der Erdgeruch war dem feinen Stadtmenschen ein übler Geruch geworden, dem man sich möglichst fernzuhalten suchte. Was aber das schlimmste war, der Bauer machte sich selber dieses herabsetzende Urteil zu eigen. Er schämte sich seines Berufes und seines Standes, er wol.e nicht mehr Bauer sein. Soweit ihm dieser Beruf einzig mögliche Quelle des Broterwerbs war, wurde er wenigstens „Landwirt", ein Beamter oder Angestellter eines landwirtwirtschaftlichen Betriebes, Direktor einer Getreidefabrik. Das Bauerntum als Wesensbestimmung des Menschen, der sein Träger ist, wurde preisgegeben. An die Stelle des wirklichen Bauern trat der landwirtschaftliche Facharbeiter, der Landwirtschaft studiert und praktiziert hatte, so wie man Jura und Medizin studierte und praktizierte.

Hier wird nun die neue Zeit gründlichen Wandel schaffen. „Das Bauerntum ist kein Wirtschaftszweig neben anderen Wirtschaftsständen. Damit ist er herausgenommen aus dem liberalistischen Wirtschaftsverband, in dem alles aufs Geldverdienen und aufs Profitieren eingestellt ist. Bauer sein kann man nur mit dem ernsten Wesen und Sein in der schicksalhaften und blutmäßigen Verbundenheit mit der Scholle, mit dem Hof, den man von den Vätern ererbt hat und den man an die Kinder weitergeben soll. Darum bestimmt das neue Reichserbhofgesetz, daß nur der ein Recht hat, sich Bauer zu nennen, der einen Erbhof sein eigen nennt, einen Hof also, den er als Lehen gleichsam von den Vätern empfing und an die Kinder weitergibt. Damit wird also diese Bezeichnung wieder ein Ehrenname. Nur der darf sich so nennen, der wirklich ist, was er heißt. Er muß etwas wissen von jener letzten Verbundenheit mit der Scholle, die er sein eigen nennt. Nur das macht ihn wirklich zum Bauern.

Dabei geht es wirklich nicht um Namen und Bezeichnungen. Der letzte Sinn dieses Kampfes um das Bauerntum geht um die Rettung und Erhaltung einer wirklich arteigenen, vielfach noch gesunden Kultur, wie sie das deutsche Bauerntum durch die Zeit des inneren Zerfalls und der liberalistischen Verwüstung alles ursprünglichen gesunden Lebens hindurchgerettet hat. Und wieder dürfen wir auch hier der wertvollen Vorarbeit, die auch in dieser Hinsicht von der deutschen Bauernvolkshochschule geleistet worden ist, dankbar gedenken, um uns dann erst recht des Neuen zu freuen, das die neue Zeit bringt. Es war wirklich nicht irgendeine Schwärmerei für altes Brauchtum, das in den Kampf führte für das alte, von den Vätern ererbte Kulturgut. Es war die Erkenntnis, daß es hier etwas zu bewahren gelte, was die Grundlage des Volkes ausmacht. Gesundes Bauerntum kann es nur geben, wenn man ihm die ihm arteigene Kultur und die ihm arteigenen Lebensbedingungen erhält. Gesundes Bauerntum aber ist die Grundlage des Volkstums. Hitler sagt:

„Wir sind bewegt von der Einsicht, daß ein vernichtetes Handwerk sich wieder zu regenerieren vermag, daß ein verarmter Mittelstand wieder wohlhabend werden kann, daß eine ruinierte Industrie wieder aufzubauen ist, daß entvölkerte Städte eines Tages sich wieder beleben können, daß aber ein vernichteter Bauernstand nicht nach Belieben wieder in das Leben gerufen werden kann, auch wenn gedankenlose Staatsführungen vielleicht später ihre früheren Fehler erkennen sollten. Der Städter, der sein Geschäft verliert, mag sich immer wieder ein neues gründen können; der Bauer, der erst einmal von seiner Scholle getrieben, geht als Bauer dann auch meist für immer zugrunde.

Das Schicksal hat uns in eine schwere Zeit hineingestellt und uns daher den heiligen Auftrag gegeben, wenn notwendig, auch schwere Entschlüsse zu treffen. Wir wissen, wie groß die Not im ganzen deutschen Volke ist. Wir sind entschlossen, mit allen Mitteln, die der menschliche Geist ausfindig machen kann, gegen sie anzukämpfen. Allein **die letzte Entscheidung über den Erfolg oder Nichterfolg unserer Arbeit hängt ab vom Erfolg der Rettung unseres Bauernstandes.**

Daß diese Erkenntnis heute den Führern unseres Volkes wieder geschenkt ist, und daß man entschlossen ist, aus ihr die notwendigen Folgerungen zu ziehen, dafür dürfen wir dankbar sein.

Hst.

411 Stadt. Bibliothek S 839

Wollten wir jährlich nur eine Milliarde oder 2 zurückzahlen, so haben wir 19 bezw. 10 Jahre nötig.

Können solche Rückzahlungen in dieser Höhe aufrechterhalten werden?

Wodurch können Schulden bezahlt werden?

a) Durch Verkauf von Werten.

Das verbietet sich von selbst, denn eine nationale Wirtschaft ist Treuhänder des vom Volke in Generationen erarbeiteten Volksvermögens.

b) durch Arbeit, d. h. durch Erzielung von Ausfuhrüberschüssen.

Nun ist die Ausfuhr aber außerordentlich stark zurückgegangen. Im Oktober 1932 betrug der Ausfuhrüberschuß (Der Wert der Einfuhr abgezogen von dem Wert der Ausfuhr) 84 Millionen Mark. Im Juli 33 nur noch 25 Millionen Mark. Nun ist allerdings der Mittsommermonat ein ungeeigneter Gradmesser; im Herbst pflegt der Ausfuhrüberschuß größer zu sein. Immerhin, bei 300 bis 400 Millionen Ausfuhrüberschuß im Jahr können wir keine halbe Milliarde Mark an Schulden tilgen oder auch nur 19 Milliarden verzinsen.

Der Ausfuhrsteigerung stehen große Hemmungen entgegen (Dumping durch Pfund, Yeng und Dollar, Abschließung der Auslandsmärkte aus psychologischen oder finanziellen Gründen usw.)

Eine weitere Einschränkung der Einfuhr, um bei gleichbleibender Ausfuhr einen größeren Ausfuhrüberüberschuß zu erzielen, scheint auf den ersten Blick hin als die Gegebenheit. Wenn man aber berücksichtigt, daß jede Binnenmarktbelebung in Deutschland zu einer Einfuhrbelebung führen muß, weil eben unsere Rohstoffbasis im Auslande liegt, wenn man weiter überlegt, daß Einfuhrbeschränkungen ein zweischneidiges Schwert sein können, weil nämlich die Länder, die unsere Rohstofflieferanten sind und um deswillen deutsche Erzeugnisse aufnehmen, sich unter Umständen deutscher Exportware verschließen, sobald wir als Abnehmer an Wert verlieren, so erkennt man die besondere Bedeutung des Problems.

Unter der nationalen Regierung ist die Lebensmitteleinfuhr schon sehr stark zurückgegangen. Die alte nationale Forderung, Deutschland müsse seine Ernährungsbasis sicher stellen, dürfte so gut wie erfüllt sein.

Zweifelsohne hat die Abschließung gegen die Einfuhr von Lebensmitteln schon ihre Rückwirkung auf die Ausfuhrtätigkeit gehabt im Sinne der Abschließung solcher Länder vor deutschem Exportgut, die bisher stark an den Einfuhren von Lebensmitteln beteiligt waren.

Es erhellt daraus, welch außerordentliche Wichtigkeit der Handelspolitik zukommt, die unter Berücksichtigung des Schuldenproblems für den Bevölkerungsteil in Deutschland Lohn und Brot schaffen soll, der aus dem Export ernährt wird. Die Handelspolitik ist es, die jede Belebung des Binnenmarktes — weil eine solche, wie oben dargetan, zur Steigerung der Einfuhr führt — auszunutzen hat, um die an der erhöhten Einfuhr beteiligten Länder dahin zu bringen, einen größeren Anteil von Gütern aufzunehmen, welche Deutschland exportiert.

Der Kern des Schuldenproblems ist der: Erwarten die Auslandsgläubiger Schuldentilgung durch Deutschland, so müssen sie auf die Handelspolitik ihrer Länder dahingehend einwirken, daß diese einen größeren Anteil von deutschen Exportgütern aufnehmen.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß die anderen Länder in gleicher oder ähnlicher Lage sind wie Deutschland, daß sie nämlich ihre eigenen Schulden tilgen müssen und dazu ihre eigenen Erwerbslosen zu ernähren haben, was nur durch Ausfuhrüberschüsse möglich ist.

Tendenz im zwischenstaatlichen Güteraustausch:

Möglichst große Ausfuhrüberschüsse zu erzielen. Das ist letzten Endes der Grund, warum die Weltwirtschaftskonferenz in London aufflog trotz aller Bemühungen Deutschlands um eine vernünftige Lösung.

Es wird nichts übrig bleiben, als daß die Völker erneut zusammenkommen, um das Schuldenproblem anzufassen und letzten Endes einen Zwangsvergleich von 30 Prozent schließen, wenn sie schon eine völlige Streichung ablehnen.

Anders kann der zwischenstaatliche Güteraustausch nicht wieder in geregelte Bahnen kommen. Für Deutschland liegt der Schlüssel in einer im raschesten Tempo durchgeführten Belebung des Binnenmarktes, die eine Erhöhung der Einfuhr mit sich bringt, **welche handelspolitisch in dem Sinne auszuwerten ist, daß die deutsche Ausfuhr hiervon profitiert.**

Niemand wird bestreiten können, daß die nationalsozialistische Staatsführung alles getan hat und noch tut, um diese aus der Gesamtlage sich ergebende Forderung zu erfüllen.

Eine verschärfte Aktivität auf handelspolitischem Gebiete wird nicht ausbleiben. F.V.A.

Sicherheit

durch effektive Abrüstungsmaßnahmen

Dieser Tage hat die Reichsregierung Engländern und Italienern Mitteilungen zugehen lassen, die noch einmal den bekannten Standpunkt Deutschlands in der Abrüstungsfrage präzisierten, wie er sich aus dem selbstverständlichen Anspruch auf Gleichberechtigung und nationale Sicherheit ergibt. Es war klar, daß aus der vermittelnden Rolle, die von London und Rom im gegenwärtigen Stadium der Besprechungen eingenommen wird, sich die Notwendigkeit ergab, diese beiden Regierungen über die deutsche Auffassung zu unterrichten. Die französische Presse nimmt die Tatsache der Nichtbenachrichtigung Frankreichs zum Anlaß, mit durchsichtigen Manövern die Basis der Erörterungen zu verschieben.

Hier muß es denn doch höchstes Erstaunen hervorrufen, ausgerechnet aus Frankreich in diesem Zusammenhang Hinweise auf den Viermächtepakt zu vernehmen, dessen Geist durch das Vorgehen Deutschlands angeblich verletzt worden sei. Hat man doch z. B. von solchen Erinnerungen auf den Viermächtepakt in Frankreich nichts vernommen, als in Paris vor dem Zusammentritt der Völkerbundsversammlung Sonderbesprechungen stattfanden, obwohl es bei diesen den Franzosen offenkundig darauf ankam, ihren englischen Gesprächspartner auf eine den egoistischen Wünschen Frankreichs entsprechenden Standpunkt festzulegen.

Im übrigen dienen diese Manöver der französischen Presse, die sich anmaßt, Deutschland Belehrungen über die „Korrektheit" diplomatischer Aktionen zu erteilen, natürlich nur dazu, die sachlichen Momente zu verschleiern.

Zur Sache selbst ist zu sagen, daß die deutschen Erklärungen noch einmal klar und deutlich erkennen lassen, daß die Reichsregierung an dem Macdonald-Plan festhält und auf seiner Grundlage an der Herbeiführung der Abrüstungskonvention in der von Deutschland stets beachteten loyalen Weise mitzuarbeiten gewillt ist. Es ist klar zum Ausdruck gebracht worden, daß Verwirklichung des Anspruches auf Gleichberechtigung und nationale Sicherheit endlich durch effektive Abrüstungsmaßnahmen der hochgerüsteten Staaten in Angriff genommen werden muß. Gerade das ist es aber, was Frankreich hartnäckig zu tun sich weigert.

Diese abrüstungsfeindliche und damit den Interessen der gesamten friedliebenden Welt zuwiderlaufende Haltung Frankreichs geht deutlich aus einem Artikel des „Petit Journal" hervor, in dem es heißt, es sei unklug, das französische Heer in der Absicht zu vermindern, Deutschland an einen Vertrag zu binden, der nur die Folge hätte, daß die deutschen Rüstungen „insgeheim fortgesetzt würden". Deutschland, das seinen Abrüstungsverpflichtungen korrekt und loyal nachgekommen ist, muß sich solche tendenziösen Unterstellungen verbitten und kann seinerseits nur immer wieder darauf hinweisen, daß es gerade Frankreich ist, das seinen moralischen und juristischen Verpflichtungen zur Abrüstung sich immer wieder zu entziehen versucht. Geradezu grotesk muß es aber anmuten, wenn in dem gleichen Blatt von einer Aufrüstung Deutschlands in Verbindung mit einer Abrüstung Frankreichs als dem Ergebnis der Abrüstungskonvention gesprochen wird.

Derartige Manöver sind zu durchsichtig, als daß sie wirklich imstande wären, die Weltöffentlichkeit zu täuschen, daß der Widerstand gegen eine Abrüstung und damit die fortdauernde Bedrohung des Weltfriedens von Frankreich ausgeht.

Deutsche Ablehnung in Genf

Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes nur gegen Deutschland.

Der Unterausschuß der Politischen Kommission des Völkerbundes hat die Prüfung der Resolutionsentwürfe über die Minderheitenfrage abgeschlossen. Bei den Verhandlungen zeigte sich, daß keines der maßgebenden Länder mit den theoretisch so stark begrüßten Anträgen auf Verbesserung und Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes Ernst machen will. Der englische Antrag, der das Beschwerdeverfahren verbessern sollte, wurde in die Form einer Empfehlung für den Völkerbundsrat gekleidet. Die polnische Resolution wurde gänzlich zurückgezogen. So stand nur noch der französische Antrag zur Diskussion, der in Absatz 1 eine Wiederholung der Völkerbundsentschließung vom September 1922 enthält, und der in seinem zweiten Absatz in unverkennbarer Tendenz gegen Deutschland die Zurücksetzung von einzelnen Staatsbürger-Kategorien verbieten will.

Der erste Absatz wurde von dem deutschen Vertreter angenommen mit der Maßgabe, daß er auf die eigentlichen Minderheiten Anwendung finden müsse. Bei der Diskussion über Absatz 2 wurde die französische Absicht deutlich, Deutschland zu isolieren. Der deutsche Vertreter wies, teilweise unter dem Beifall der Ausschußmitglieder, auf die zwiespältige Haltung des französischen Vertreters hin, der die Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes erst heute wieder abgelehnt hat und trotzdem diese Verallgemeinerung in einer auf die deutschen Verhältnisse zugespitzten Form befürwortete. Ohne auf die deutschen Argumente einzugehen, verlangte der französische Vertreter die Abstimmung, bei der sämtliche Mitglieder des Ausschusses für den Absatz 2 stimmten.

Italien und Ungarn hatten ihre Zustimmung mit dem Vorbehalt versehen, daß sie nicht den Willen zur Einmischung in die inneren Verhältnisse eines Landes bedeute.

Der deutsche Vertreter wird sowohl im Politischen Ausschuß als auch in der Vollversammlung selbst gegen diese Entschließung stimmen, so daß die nach der Geschäftsordnung zur Annahme erforderliche Einstimmigkeit nicht erzielt werden wird.

Schwere Arreststrafen gegen nationalsozialistische Frauen in Oesterreich. In Perg in Oberösterreich wurden 7 Frauen zu je 14 Tagen Arrest verurteilt, weil sie an die NSDAP. Mitgliedsbeiträge eingezahlt haben sollen.

„Hitlerjunge Quex" als Ausdruck einer neuen Zeit.

Es gab eine Zeit, in der man die Filmfrage vom christlichen Standpunkt aus dadurch zu lösen glaubte, daß man den Besuch von Kinotheatern als „Sünde" anprangerte und zur gänzlichen Filmenthaltung zu erziehen versuchte. Gegenüber Darbietungen einer Anfangszeit mag dieses Rezept ja wohl das Beste gewesen sein, denn manches der dargebotenen Stücke war noch nicht einmal vom religiösen Standpunkt, sondern von dem eines guten geistigen Geschmackes aus, anstößig. Aber Kino war ja auch eine Geschäftssache und keine Erziehungssache. Erst allmählich reifte die Erkenntnis, daß auch hinter dieser Geschäftssache ein stiller Miterzieher tätig war, dem man nicht mehr hemmungslos das Feld räumen durfte. Von den ersten Anfängen des sogenannten Kulturfilmes bis zum „Hitlerjungen Quex" war aber doch ein weiter Weg. Filme ohne Handlung, lediglich Naturvorgänge und Reiseberichte genügten den verwöhnten Ansprüchen nicht mehr, man wollte „Handlung". Daher begrüßte man es als dankbaren Fortschritt, als die mannigfaltigsten Stoffe aus der deutschen Geschichte hervorgeholt und gefilmt wurden. Wie wurde die Vergangenheit lebendig und wie begriff man erst ein Geschehen aus früheren Zeiten, wenn man als „Kriegs- und Schlachtenbummler" vom bequemen Sitz aus mit dabei war! Unvergeßlich bleiben die Fridericusfilme! Im „Hitlerjungen Quex" ist es nun aber doch etwas ganz anderes, was den Zuschauer und -hörer zum Miterleben bringt und wohl keinen ohne nachhaltigen, erzieherischen Einfluß davongehen läßt, nämlich die künstlerische Gestaltung zeitnaher Ereignisse im hochwertigen Sinne, sei es in der Form der Darstellung, sei es in Wort und Handlung selbst. Wenn dieser Film von den Filmkammern des Zentralinstitutes für Erziehung und Unterricht die Bewertung „besonders wertvoll" bekommen hat, dann ist damit nicht zu viel gesagt. Gerade für den Erzieher selbst ist er ja eine Fundgrube pädagogischer Feinheiten. Zunächst einmal die ungeheure Verschiedenheit des Großstadtmilieus von dem des Landbewohners! Ein Apfel in der Großstadt lockt einen hungrigen Proletarierjungen zu einem kühnen Griff in den Korb vor dem Obstladen und löst im Nu eine Fülle von Ereignissen aus, die dem Landjungen einfach fremd bleiben: kommunistische Plünderungsszene, Einsatz der Polizei usw. mit der erzieherischen Tiefenwirkung: Wie gut ist es doch, wenn wir ein Gärtchen haben, wenn Vater verdient und Obst mitbringen kann, aber dann, wenn man diese egoistische Gedankenkette weiter spinnen will, die leise Mitverantwortung für den, den die Großstadt vom Heimatboden löste. Unsichtbare Brücken werden geschlagen vom Landdenken zum Stadtdenken und umgekehrt.

Oder die unbewußte staatsbürgerliche Erziehung und Belehrung, die man erfährt beim Einsatz der Polizei. Man sieht doch, wie ungeheuer schwer der Dienst ist, den der Polizeibeamte der Großstadt auszuüben hat.

Aber all das sind Nebenerscheinungen, die der Film in Hülle und Fülle mit sich bringt. Der ergreifendste Ausdruck des Werdens einer neuen Zeit liegt ja in dem Spiel des unbekannten Hitlerjungen selbst, der vom Vater für den Kommunismus erzogen werden soll, aber doch „zu den andern will". Und dann das ehrliche und saubere Finden „zu den andern". Meisterhaft die Darstellungskunst der beiden kommunistischen Darsteller, die zeigen, daß auch eine Welt mit negativen Vorzeichen ihre Gesetze und Spielregeln hat, die Einsatz und Opfer erfordern, wie dies Opfer aber nur dann Sinn hat, wenn es für eine gottgewollte Gemeinschaft, hier das Volk, und nicht für eine menschliche Konstruktion, dort die Klasse, geht.

Neben all den Einzelbildern und Gedanken bleibt aber zum Schluß packend groß der Gedanke, wie durch das Sterben der einzelnen der Weg zum Aufbruch für die Gesamtheit frei wird. Erschütternd darum das Ende dieses kleinen tapferen Hitlerjungen, der stirbt als Soldat einer neuen Zeit, deren Schwelle wir ja erst überschritten haben. Auch die Versuchungen der Großstadt traten an den Jungen heran, und der Film zeigt etwas von dem Geiste eines Walter Flex: Reinbleiben und Reifwerden! Das hat gar nichts mit Muckertum zu tun. Gewiß reicht Gott im Evangelium dem Gefallenen die Hand und gibt seinem Leben die Möglichkeit eines neuen Anfanges. Gott hat sich in diesen Tagen nicht nur des einzelnen, sondern unsres ganzen Volkes erbarmt. Wehe uns, wenn wir die Ereignisse der jüngsten Zeit nur dem Einsatz der eigenen Kräfte zuschreiben wollten! Wir dürfen nicht nachlassen, tiefer zu graben und durchzustoßen zu den Quellen der Kraft, die uns Luther erschlossen hat, damit ihre Segensströme unser Volk im Innersten erneuen und den Bestand des neuen Reiches absolut sichern. Darum wünschte ich, daß wir auch einmal einen Film erlebten, der als Ausdruck einer neuen Zeit uns nicht nur christliche Stoffe aus der Vergangenheit, wie z. B. „Ben Hur", nicht nur Stoffe aus praktischer Anstaltsarbeit christlicher Nächstenliebe bietet, sondern uns in ebenso künstlerisch einwandfreier Art Menschen zeigt, die „zu den andern wollen", ja, Menschen, die zu Christus wollen und seine rettende Kraft erfahren! Wir warten im Anschluß an das Lutherjahr auf den Film, der mit den Ausdrucksmitteln einer neuen Zeit seine Mission ins deutsche Volk antritt. Sollten uns nicht Stoffe zur Verfügung stehen, die einmal das Heldische des Christenkampfes um Heimat und Seele aufzeigen, so daß die Furcht vor der „inneren Erneuerung" schwindet, als begäben wir uns dabei auf ein Gebiet, das eines wahrhaft deutschen Mannes unwürdig sei? Haben wir es denn vergessen, was ein Ernst Moritz Arndt sang: Wer ist ein Mann? Wer beten kann! Wann kommt die Stunde, da sich in unsrem Volke das lebendige Christentum mit den Kräften der neuen Zeit begegnet, ohne daß man, von gegenseitigen Vorurteilen befangen, aneinander vorbeiredet? Die Einigung mit dem „Stahlhelm" ist vollzogen. Bisher widerstrebende Kräfte sind an die neue Führung gebunden. An Gott gebundene Kräfte des lebendigen Christentums werden sich auch weiterhin rückhaltlos dem Führer zur Verfügung stellen. Möge nie für uns die Stunde kommen, da man glaubt auf ihre Mitarbeit verzichten zu können! Darum ist es aber nötig, daß man sich in christlichen Kreisen, wie ich an dem Beispiel der Stellung zum Film zeigen wollte, endlich freimacht von unberechtigten Vorurteilen und auch noch auf manchen andren Gebieten Ausdrucksformen einer neuen Zeit freudig bejaht und anerkennt.

Georg Wehnert.

Hinweis.

Das Essen schmeckt noch mal so gut, wenn Messer, Gabeln und Löffel vor Sauberkeit blitzen. Halten Sie sich an Henkel's bewährtes Putz- und Scheuermittel Ata! Es ist das rechte Mittel zum Bestecksäubern und Reinigen.

Die russisch-japanische Spannung

Neue Note Moskaus an Japan

— **Moskau,** 9. Oktober. Der russische Botschafter in Tokio hat dem japanischen Außenminister eine Denkschrift überreicht, in der konkrete Angaben über die angeblichen Pläne des japanischen Oberkommandos auf Ausschaltung des russischen Einflusses bei der chinesischen Ostbahn gemacht werden. Genannt wird insbesondere die Besetzung des Verwaltungsrates bei der chinesischen Ostbahn. Japan wird vorgeworfen, daß es die vollkommene Enteignung der Bahn zugunsten Mandschukuos betreibe. Die russische Note verlangt in scharfer Form Aufklärung.

•

Der Inhalt der russischen Note an Japan.

— **Moskau,** 8. Oktober. Bekanntlich hatte die russische Regierung in ihrer letzten Note an die japanische Regierung letztere darauf aufmerksam gemacht, daß sie verpflichtet sei, auf die mandschurischen Behörden einzuwirken, um eine weitere Zuspitzung des Ostbahnkonflikts zu vermeiden. Die Sowjetregierung hat sich nun da, wie sie sagt, von japanischer Seite keine Schritte in Tschangtschun erfolgt sind, veranlaßt gesehen, die Regierung in Tokio darauf aufmerksam zu machen, daß japanische Militärkreise in der Mandschurei mit mandschurischen Zivilbehörden folgendes planen:

1. Durch Heraufbeschwören von mehreren Konflikten soll schließlich die Enteignung der chinesischen Ostbahn durchgeführt werden.

2. sämtliche sowjetrussische staatliche Unternehmen sollen besetzt werden.

3. alle sowjetrussischen Beamten, die an der Ostbahn beschäftigt sind, sollen entfernt werden.

Die russische Note führt dann Einzelheiten an, wie gegen die Sowjetbeamten von den madschurischen Behörden vorgegangen werden soll. Schließlich wird die Tokioter Regierung nochmals aufgefordert, sofort bei ihren Militärs in Mandschukuo vorstellig zu werden. Die Verantwortung für die politische Lage trage ausschließlich die japanische Regierung, die bis jetzt nur wenig Interesse an der Beilegung des Konfliktes gezeigt habe. Die Note verweist auch auf die letzten russisch-mandschurischen Zwischenfälle, beonders auf die Verhaftung von hohen Beamten der Ostbahn und auf sowjetfeindliche Äußerungen des ehemaligen japanischen Generalkonsuls in Charbin, Ochajaschi, der mit dem Chef der japanischen Militärmission in Charbin der Drahtzieher der sowjetfeindlichen Machenschaften an der chinesischen Ostbahn sei.

Verdächtigungen Deutschlands

Außenpolitische Rede des französischen Ministerpräsidenten.

Der französische Ministerpräsident Daladier erklärte auf dem Radikalen Parteitag in Vichy, Frankreich sei entschlossen, keine „neue" Herabsetzung seiner Streitkräfte ohne ein „aufrichtiges und loyales internationales Abkommen" zuzulassen, das eine progressive Abrüstung organisiert, die durch die Schaffung einer ständigen automatischen Kontrolle gesichert wird.

„Eine vierjährige Periode", so fuhr Daladier fort, „während derer die Kontrolle organisiert werden und in Tätigkeit treten soll, während der verschiedene Heeerestypen sich progressiv in ein Heer mit kurzfristiger Dienstzeit umwandeln werden, Fortfall der militärischen Verbände, Unterwerfung derjenigen Staaten, die gegenwärtig Rüstungsfreiheit haben, unter das Verbot neues schweres Kriegsmaterial herzustellen und wenn die Kontrolle sich als wirksam herausgestellt hat, Vernichtung des künftig für alle Staaten verbotenen Kriegsmaterials: das sind die wesentlichen Gedankengänge eines Abrüstungsplanes, der heute die Zustimmung Englands, der Vereinigten Staaten, Italiens, Rußlands und noch vieler anderer Länder findet."

Niemand bestreite Deutschland das Recht auf seine eigene Existenz, erklärte Daladier weiter. Gleichzeitig streute er aber neue Verdächtigungen aus, indem er fragte: „Warum jenseits des Rheins diese für den Kampf erzogene Jugend? Warum diese wiederholten Kundgebungen in Reih und Glied aufmarschierter Massen? Warum diese Verweigerung der ersten Etappe (!), die zur Abrüstung führen soll?"

Neu sind diese Verdächtigungen Deutschlands nicht; tief bedauerlich aber ist, daß sie immer wieder wiederholt werden, obwohl ihre Haltlosigkeit längst erwiesen ist. Was aber die „erste Etappe zur Abrüstung" betrifft, so hat Deutschland ungeheuere Vorleistungen gebracht, und jetzt handelt es sich darum, daß nun auch die hochgerüsteten Staaten endlich den Weg der Abrüstung beschreiten.

Leipziger Prozeß

Van der Lubbe kannte die Bulgaren

Der vorübergehende Ausschluß des bulgarischen Angeklagten Dimitroff hat überraschend besänftigend gewirkt. Sogleich nach Eröffnung der neuen Sitzung — der letzten vor der Uebersiedlung nach Berlin — erbittet Dimitroff das Wort, um eine entschuldigende Erklärung abzugeben. Seine Worte, so meinte er, seien vielleicht gestern nicht verstanden worden. Es sei ihm eben nicht so leicht, in einer fremden Sprache die richtigen Ausdrücke zu finden. Er erkläre aber, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, jemand persönlich vom Gericht, von der Anklagebehörde, der Verteidigung oder von den Beamten zu beleidigen. „Er habe diese Absicht auch in Zukunft nicht und bitte nur den Präsidenten, daß er sich über alle Fragen ruhig und sachlich aussprechen könne.

Dieser Bitte, der der Präsident selbstverständlich stattgibt, hat es aber überhaupt nicht bedurft. Dimitroff hat von Anfang an ausreichende Gelegenheit zur Aussprache gehabt und davon in überreichem Maße und in unerhörtester Form Gebrauch gemacht. Wenn Dimitroff sich in der neuen Sitzung als „frommes Lamm" zeigt, dann sind für diese Haltung selbstverständlich taktische Ueberlegungen bestimmend. Nachdem der bisherige Verlauf der Verhandlung bereits sehr schwerwiegendes Belastungsmaterial erbracht hat, erscheint es Dimitroff offenbar angebracht, der Verhandlung bis zum Ende beizuwohnen, um alle Verteidigungsmöglichkeiten auszuschöpfen.

Dimitroff häufiger Gast Münzenbergs

Reichsanwalt Landgerichtsdirektor Parrisius weist darauf hin, daß Dimitroff zugegeben hat, daß er mit dem früheren kommunistischen Abgeordneten Münzenberg zweimal zusammengekommen ist.

Münzenberg, einer der Verfasser des Braunbuches, habe zuletzt in Berlin im Hause In den Zelten 9a gewohnt. In dieser Wohnung sollen öfter Versammlungen von Kommunisten stattgefunden haben, die letzte Versammlung am 30. Januar. Die Wirtschafterin Münzenbergs hat folgendes bekundet:

Am 30. Januar hätten sich zwölf bis fünfzehn Personen dort eingefunden. Münzenberg habe die Teilnehmer persönlich empfangen, und als in den Mittagsstunden durch die Presse die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler bekannt wurde, hätten sämtliche Teilnehmer die Wohnung fluchtartig verlassen. Die Wirtschafterin hat, nachdem ihr die Bilder der Angeklagten vorgelegt worden sind, erklärt, daß sie Dimitroff mit aller Bestimmtheit als einen derjenigen Leute wiedererkannt habe, die des öfteren in der Wohnung Münzenbergs waren, vor allem auch am 30. Januar. Sie glaubt aber auch, kann das jedoch nicht mit gleicher Sicherheit sagen, daß Popoff in dieser Wohnung verkehrt habe.

Dimitroff äußert darauf, er kenne Münzenberg „dem Namen nach" von früher, bestreitet aber, ihn in der Wohnung aufgesucht zu haben. Zweimal habe er Besprechungen mit Münzenberg gehabt, im Jahre 1931 und im Jahre 1932, „und zwar über die Lage in Bulgarien". Auch Popoff will Münzenberg nie gekannt und niemals in der Wohnung besucht haben.

Die Verhaftung der Bulgaren

Es kommt dann die Aussage des Kellners Helmer zur Sprache. Dieser Zeuge hat am 7. März der Polizei mitgeteilt, daß im Bayernhof in der Potsdamer Straße verdächtige Personen verkehrten. Am 9. März hat er eine Mitteilung an die Polizei gemacht, daß im Augenblick gerade diese Personen wieder da seien.

Daraufhin ist nach Prüfung der Anzeige die sofortige Festnahme der betreffenden Personen verfügt worden. Es waren die drei Bulgaren. Im Wagen hat Dimitroff dann versucht, ein Schriftstück zu verstecken, nämlich den Aufruf des Exekutivkomitees der Komintern vom 3. März. Dimitroff muß das bestätigen.

Der Vorsitzende macht dann weitere Mitteilungen aus den Bekundungen des Zeugen Helmer. Danach sind im Sommer 1932 ihm und anderen Kollegen gewisse Personen aufgefallen, die ab und zu nachmittags im Bayernhof erschienen.

Zu diesem Kreise hätten Dimitroff, Popoff und Taneff, aber auch van der Lubbe gehört. Bei einer Gegenüberstellung mit van der Lubbe hat ihn Helmer mit absoluter Gewißheit wiedererkannt.

Der Oberreichsanwalt wendet sich dann an den Angeklagten Dimitroff. Dieser habe angegeben, daß er sich am 26. und 27. Februar in München aufgehalten habe. Er habe dagegen bisher nichts darüber gesagt, daß er das getan hat.

Dimitroff: Haben Sie nicht meine Erklärung vom 30. Mai gelesen? Der Vorsitzende weist den Angeklagten darauf hin, daß er antworten solle. Dimitroff: In dieser schriftlichen Erklärung habe ich gesagt . . . was habe ich mitgeteilt? Haben Sie nicht gelesen?

Der Oberreichsanwalt wirft ein, daß Dimitroff anscheinend durch diese wiederholten Gegenfragen Zeit zur Ueberlegung für neue Ausreden suche.

Dimitroff erklärt darauf, er sei am 25. Februar nach München gereist, um dort am 26. einen bulgarischen Freund zu treffen. Den Namen sage er nicht, weil dieser Freund sonst in Bulgarien verfolgt und ruiniert sein würde. Der Oberreichsanwalt teilt dann mit, daß nach seinen Informationen ein gewisser Georg in London erklärt habe, daß er mit dem Angeklagten Dimitroff zu dieser Zeit in München zusammengewesen sei und dort an einer Versammlung jugoslawischer Kommunisten in München teilgenommen habe. Derselbe Zeuge habe in London ausgesagt, daß Dimitroff und er in der Zeit vom 6. bis 8. Februar an einer Konferenz italienischer und jugoslawischer Kommunisten teilgenommen haben.

Während also Dimitroff immer wieder bekundet, er habe sich nur mit bulgarischen Fragen beschäftigt, ergibt sich aus dieser Aussage, daß der Angeklagte selbst für italienische und jugoslawische Angelegenheiten Interesse gehabt hat.

Uebersiedlung nach Berlin

Damit hat der erste Verhandlungsabschnitt in Leipzig seinen Abschluß gefunden. Am Dienstag wird die Verhandlung in Berlin fortgeführt. Der zweite Abschnitt dürfte mit seinen eingehenden Ortsbesichtigungen und der umfangreichen Zeugenvernehmung wahrscheinlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Nach seinem Abschluß wird dann der letzte Akt des Verfahrens wieder in Leipzig abgehalten.

Einsturzunglück in Mailand

Fünf Tote.

In einer belebten Verkehrsstraße Mailands stürzte eine nicht mehr benutzte, z. T. bereits im Abbruch befindliche Eisenbahnüberführung zum früheren Hauptbahnhof zusammen und begrub zahlreiche Passanten unter sich. Fünf Personen fanden den Tod.

Die Annektion Südtirols.

Südtirol 13 Jahre unter italienischer Herrschaft.

Während in den ersten Nachkriegsjahren im gesamten Deutschland über die Lande an der Entsch und die Bedrückung, die seine Bewohner auszuhalten haben, sehr viel berichtet wurde, ist es in späteren Jahren um Südtirol bedeutend stiller geworden, und nur selten noch wird die Aufmerksamkeit wieder auf jenes urdeutsche Land südlich des Brenner gelenkt, so z. B. im Sommer d. J., als die italienische Regierung durch den Feldzug gegen die deutschen Geistlichen des Landes bewies, daß auch die politische Freundschaft zu Deutschland nicht zuwege gebracht hat, daß die Methoden, die Italien gegen Südtirol anwendet, auch nur annähernd besser geworden wären. 13 Jahre steht nun Südtirol unter der Herrschaft Italiens, und wenn sich manchmal auch die Regierung in Rom bemüht hat, Willkürakte der Unterbehörden zu unterdrücken, so ist das im wesentlichen doch nur darum geschehen, um das unliebsame Aufsehen zu vermeiden, das diese Handlungen immer wieder in der Weltöffentlichkeit erregt haben. Nicht eine einzige der vielen in den 13 Jahren erschienenen Bestimmungen, die auf das rücksichtsloseste Ausrottung des Deutschtums in Südtirol eingestellt sind, wurde zurückgenommen, im Gegenteil, je weiter die Zeit vorschritt, um so energischer waren die Methoden, um aus dem Lande Andreas Hofers ein stockitalienisches Land zu machen. Wohl sind die Methoden reinster Gewaltanwendung, die von der Annektion des Landes an jenem 10. Oktober 1920 an angewandt wurden, einer Wandlung unterzogen worden, aber an ihre Stelle sind nur andere Entdeutschungsmaßnahmen getreten, die nicht so sehr Aufsehen erregen. Südtirol hat seit 13 Jahren in den Straßen seiner Städte und Dörfer nicht eine einzige deutsche Aufschrift, ja selbst auf den Friedhöfen mußten sogar die Namen der Toten italienisiert werden, Südtirol hat seit 13 Jahren keine einzige deutsche Schule, und wenn irgendeine Privatperson versucht, wenigstens einige wenige Kinder in der deutschen Sprache zu unterrichten, geht sie Gefahr, sofort verhaftet und verbannt zu werden. Zur Gewinnung des Südtiroler Kindes haben die italienischen Behörden kein Mittel gescheut, es wurden alle deutschen Lehrer nach Italien und eine Reihe von italienischen Lehrern nach Südtirol versetzt, wobei diesen Lehrern, die sich bereit erklärten, nach Südtirol zu gehen, ein Gehaltszuschlag gewährt wurde, der irgendwie an den Brauch der Kolonialzulage erinnert. Die Ereignisse dieses Jahres haben gezeigt, daß die italienischen Behörden gewillt sind, auch den letzten Rückhalt, den das Deutschtum Südtirols an seinen Priestern hat, durch Entsendung rein italienischer Priester zu vernichten.

Es sind schwerste Leidensjahre, die das Geburtsland des Freiheitshelden Andreas Hofer seit jenem 10. Oktober 1920 durchlebt hat. Wenn aber trotzdem der halsstarrige Südtiroler Gebirgsbauer an deutscher Art und Sitte festhält, ja, wenn sich das Südtiroler Deutschtum selbst nach den Berichten italienischer Statistiken heute kraftvoll vermehrt, so sollte das eigentlich ein Anlaß sein, die Vernichtungsmethoden, die in 13 Jahren nicht zum Ziel geführt haben, durch eine Behandlung abzulösen, die einerseits dem Deutschtum seine Gesinnung läßt und andererseits den Südtiroler zu einem loyalen italienischen Staatsbürger machen würde, wenn er weiß, daß der italienische Staat sich wirklich für ihn einsetzt. Wann wird das sein? Wann wird der rote Adler von Südtirol, der jetzt mit gebrochenen Schwingen am Boden liegt, sich wieder frei in die Lüfte erheben dürfen? F. L.

Urteil im Volkssport-Prozeß

Urteil der ersten Instanz im wesentlichen aufrechterhalten.

Im sogenannten Volkssportprozeß hat das oberste tschechische Gericht in Brünn das angefochtene Urteil aufgehoben, insoweit es Haider, Illing und Metzner schuldig erkennt, in den Jahren 1930, 1931 und 1932 in Prag, Aussig und anderen Städten Böhmens einen Anschlag gegen die tschechische Republik unternommen und direkt oder indirekt mit ausländischen Faktoren in Beziehungen gestanden zu haben. In den anderen Teilen wird die Nichtigkeitsbeschwerde der Angeklagten verworfen.

Die Angeklagten Rudolf Haider, Paul Illing und Adolf Metzner wurden daraufhin zu je zweieinhalb Jahren, Friedrich Palliege zu dreizehn Monaten und Anton Schwab zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Außerdem erhalten sie mit Ausnahme von Schwab je dreitausend Kr. Geldstrafe, ferner wurde auch noch auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt! Die bereits verbüßte Haft wird vollständig angerechnet.

Das Oberste Gericht in Brünn hat also das Urteil der ersten Instanz, das in nichts begründet ist, im wesentlichen aufrechterhalten!

Maßregelung im Saargebiet

Politische Entlassungen.

Die französische Grubenverwaltung des Saargebiets holt nach voraufgegangenen Einzelentlassungen deutscher Bergarbeiter jetzt zu einem großen Schlag gegen die technischen Grubenbeamten aus. So wurde auf der Grube Duhamel in Ensdorf vier technischen Grubenbeamten am gleichen Tage gekündigt. Die Beamten mußten sofort die Anlagen verlassen. Der politische Charakter der Entlassungen liegt klar zutage. Die französische Verwaltung bemüht sich übrigens gar nicht mehr ihn zu verschleiern und hat den Entlassenen ausdrücklich erklärt, die Gründe für die Entlassung seien nicht in der betriebstechnischen Tätigkeit zu suchen.

Blutige Hochzeit in Indien

Amritsar, 9. Oktober. **Bei einer Hochzeitsfeier in dem Dorfe Modi im Bezirke Amritsar kam es zu einem blutigen Streit, der nicht weniger als 22 Todesopfer forderte, darunter den Vater des Bräutigams.**

Deutsche Zinsverpflichtungen

Reichsbankpräsident Dr. Schacht über den Transfer der deutschen Zinsverpflichtungen.

Durch die internationale Presse sind Nachrichten gegangen über Verhandlungen zwischen der schweizerischen und der deutschen Regierung, die eine möglichst volle Einlösung der auf Schweizer Inhaber deutscher Auslandsschuldverschreibungen entfallenden Scrips durch zusätzliche deutsche Exporte nach der Schweiz zum Ziele haben. In anderen Ländern haben diese Nachrichten zu sehr schiefen Kommentaren Veranlassung gegeben. In diesem Zusammenhang ist die folgende Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht von Bedeutung:

Seit mehr als einem Jahrzehnt haben alle Nationalökonomen und Geschäftsleute von internationalem Ansehen ausgesprochen, daß Deutschland seine ausländischen Verpflichtungen nur durch Warenexporte abtragen könne. In ostentativer Weise hat die Londoner Weltwirtschaftskonferenz diese Wahrheit nicht nur für Deutschland sondern ganz allgemein in den Mittelpunkt ihrer Erwägungen gestellt. Da Deutschlands Export in den letzten Jahren in zunehmendem Maße handelspolitischen Hemmnissen begegnet, so mußte es mit dem 1. Juli ds. Js. den Transfer seiner Zinsverpflichtungen zur Hälfte unterbrechen, während die nicht transferierbaren Beträge in voller Höhe zu Gunsten der berechtigten Auslandsgläubiger bei der Konversionskasse deponiert und Hinterlegungszertifikate in der Form von Scrips an die Berechtigten ausgehändigt werden. Trotz aller Hemmnisse, die von außen her dem deutschen Handel bereitet werden, bemüht sich Deutschland mit allen Mitteln, seine Transfermöglichkeit zu steigern und den ausländischen Gläubigern ihre Kupons in ausländischer Valuta zu zahlen.

Zu diesem Zweck hat die Deutsche Golddiskontbank sich erboten, soweit aus zusätzlichen Exporten Devisen erhältlich sind, diese zum Ankauf von Scrips zum Kurse von 50 Prozent zu verwenden. Es wird damit jedem ausländischen Gläubiger die Möglichkeit geboten, sich einen zusätzlichen Transfer zu sichern. Diese freiwillige Regelung beruht auf dem einzig möglichen und auf der Londoner Wirtschaftskonferenz anerkannten vorerwähnten Grundsatz.

Wenn nun eine ausländische Regierung in Verhandlung mit der deutschen Regierung eintritt, um für die auf ihre Staatsangehörige entfallenen Scrips durch entsprechende zusätzliche Abnahme deutscher Waren die volle Transferierung zu ermöglichen, so stehen solche Bemühungen in vollem Einklang mit dem in London anerkannten Grundsatz und es ist ganz selbstverständlich, daß Deutschland jeder auswärtigen Regierung, die mit solchen Anregungen an die deutsche Regierung herantritt, zu entsprechenden Verhandlungen offen steht. Denn es ist nicht der Wunsch Deutschlands, seine Schuldverpflichtungen abzuleugnen oder in Zahlungsverzug zu geraten, sondern seine Schulden zu bezahlen. Manche ausländischen Zeitungskommentare erwecken fast den Anschein, als ob dieses Bestreben ungern gesehen würde.

Zusammenschluß in Mecklenburg

Vereinigung der beiden Länder zum 1. Januar 1934.

Der Mecklenburgische Landtag ist zu einer Vollsitzung auf den 13. Oktober, vormittags, ins Rostocker Rathaus einberufen worden. Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Verabschiedung eines Gesetz über die Vereinigung von Mecklenburg-Strelitz mit Mecklenburg-Schwerin, die am 1. Januar 1934 in Kraft treten soll.

Nach dem Gesetzentwurf treten sämtliche Verordnungen und Verwaltungsvorschriften von Mecklenburg-Schwerin nach der Vereinigung auch in Mecklenburg-Strelitz in Kraft, soweit nicht im gegenseitigen Einvernehmen der beiden Länder etwas anderes bestimmt wird. Ferner werden die Staatsbeamten von Mecklenburg-Strelitz sowie die im Staatsdienst stehenden Angestellten und Arbeiter übernommen. Ebenso gehen das Mecklenburg-strelitzsche Staatsvermögen und sämtliche Verpflichtungen auf Mecklenburg-Schwerin über.

Die landwirtschaftliche Schuldenregelung

Vierte Durchführungsverordnung.

Im Reichsgesetzblatt ist eine Vierte Verordnung zur Durchführung der landwirtschaftlichen Schuldenregelung vom 5. Oktober 1933 veröffentlicht, welche die Bestimmungen über die für die Verfahren nach dem Gesetz vom 1. Juni 1933 maßgebende Mündelsicherheitsgrenze bringt.

Die Mündelsicherheitsgrenze beträgt danach Zweidrittel des Betriebswertes. Als Betriebswert gilt bei landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Betrieben ein Prozentsatz der Einheitswerte vom 1. Januar 1931, und zwar von 90 Prozent bei einem Einheitswert von 40 000 RM und mehr, bei geringeren Einheitswerten gestaffelt ansteigend bis zu 135 Prozent. Für Betriebe mit einem Einheitswert unter 10 000 RM ist der Betriebswert noch nicht festgesetzt. Die obersten Landesbehörden können jedoch mit Zustimmung des Reichsernährungs- und Reichsfinanzministers auch für diese Betriebe einen Betriebswert festsetzen und für alle Betriebe in einzelnen begrenzten Gebieten eine Abweichung in beschränktem Umfange zulassen. Für gärtnerische Betriebe wird der Betriebswert auf Antrag der Entschuldungsstelle durch die untere Verwaltungsbehörde im Benehmen mit dem Finanzamt festgesetzt. Die gleiche Regelung sieht die Verordnung für bestimmt angegebene Zweifelsfälle bei landwirtschaftlichen Grundstücken vor.

Als Zinsleistungsgrenze (§ 28 des Schuldenregelungsgesetzes) gilt bei landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Grundstücken grundsätzlich ein Zwanzigstel des Betriebswertes, jedoch sind Abweichungen bis zu 25 v. H. unter besonderen Verhältnissen zulässig. Bei gärtnerischen Betrieben wird die Zinsleistungsgrenze durch die untere Verwaltungsbehörde im Benehmen mit dem Finanzamt festgesetzt.

Ein gerechtes Unentschieden.

Der Kunflugkampf Fieseler — Detroyat unentschieden.

— **Paris,** 8. Oktober. Der Kunstflug-Revanchekampf zwischen dem deutschen Meister Fieseler und dem französischen Meister Detroyat, der am Sonntag auf dem Flugplatz Villacoublay b. Paris zum Austrag kam, nahm einen überaus spannenden Verlauf und endete mit einem gerechten Unentschieden. Beide Flieger zeigten sowohl auf ihren eigenen Maschinen, wie auch nach Maschinenwechsel ausgezeichnete Leistungen, denen immer wieder große Beifallsstürme dankten. Wenn man zum Schluß zu einem Unentschieden kam, so wurde dieses Urteil den Leistungen beider Flieger durchaus gerecht, denn sie waren in ihrem Können tatsächlich einander gleichwertig.

Deutschlands Abrüstungsforderungen

Falsche Gerüchte in den Vereinigten Staaten.

Zu in den Vereinigten Staaten über die deutschen Abrüstungsforderungen verbreiteten Gerüchten wird amtlich erklärt:

Es ist völlig falsch, daß Deutschland nach Ablauf von fünf Jahren die Parität mit Frankreich verlangt. Deutschland verlangt nach Ablauf von fünf Jahren nur eine weitere Abrüstung der anderen. Was die Musterwaffen anlangt, so muß jede Diskriminierung schon jetzt aufhören. Aber Deutschland fordert nicht dieselbe Zahl von Waffen, die die anderen Länder besitzen.

Wie die „National-Zeitung" erfährt, wird das Propagandaministerium die für Montag, 9. Oktober, den Geburtstag Horst Wessels, angesetzte Uraufführung des Horst-Wessel-Filmes verhindern und außerdem dafür Sorge tragen, daß der Film in seiner gegenwärtigen Form nicht in der Oeffentlichkeit erscheint.

Verschiedenes.

Orthopädische Versorgungsstelle Münster.

Die Geschäftszimmer der Orthopädischen Versorgungsstelle Münster werden am 11. Oktober 1933 in das Gebäude des Hauptversorgungsamts Westfalen in Münster, Aegidiistraße 66—68, Zimmer 1, 2, 3, 4 und 6 verlegt.

Wegen des Umzuges bleiben die Büroräume für den Publikumverkehr vom 9.—14. Oktober 1933 geschlossen.

Statt Karten.

Für die liebevolle Teilnahme während der Krankheit sowie beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir herzlichsten Dank.
Im Namen der Hinterblieben:

Alwine Bargheer geb. Brand
Adolf Bargheer

Beerdigungs-Institut
H. Vormbrock
Bielefeld
Rohrteichstr. 5 Telefon 5344
Gegr. 1878
Aeltestes Geschäft am Platze.
Übernimmt sämtl. Beerdigungs - Angelegenheiten. Ueberführung mittels Leichenautomobil. Erd- und Feuerbestattungen.

Kyffhäuser-Schule * Roßla-Harz
Gegründet 1889 nebst Pädagogium auf christlicher Grundlage, Privat-Realschule mit Latein. Vorschule bis U III einschließlich Verbandsabschlussprüfung. Beste Erfolge. Frohe Jugend bei Arbeit, Sport und Spiel. Aufnahme vom 6. Lebensjahr an. Prospekt durch die Direktion.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des „Aufwärts".

Für Monat ..... 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich 9 RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.

*) Nichtzutreffendes streichen.



Die Bade-Anstalt Bethel

geöffnet, außer Montags, täglich von 8—11½ und von 2—5½ Uhr, Freitag und Sonnabend durchgehend von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends,

empfiehlt Bäder jeder Art

Fichten-, Sol-, Schwefel-, Moor-, Kohlensäure-, Sauerstoff-, Kamillen-, Thiosal- und Wannenbäder.

Elektrische Ganz- und Teillichtbäder, Ganz- und Teildampfbäder. Russisch-Römische Bäder.

Fango-Packungen, Bestrahlungen, Massagen.

Für Hauskuren alle medizinischen Zusätze: Fichtennadel bester Qualität, für Solbäder Ia Salinensalz.

Bethel.

Die **Gemeindebibelstunde** in Gosen am Montag 20¼ Uhr hält Pastor Schlatter über 1. Petri 1, 1—12.

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Dienstag den 10. Oktober, 20¼ Uhr in Gosen **Bibelstunde** mit Pastor Schlatter. Bitte um vollzähliges Erscheinen.

— **Missionsnähen.** Am Mittwoch, 11. Oktober, 15½ Uhr ist im Großen Hospiz wieder Missionsnähen; Frau Rascher, aus Kamatschumu wird von ihrer Arbeit dort erzählen. Um recht zahreichen Besuch bittet.

Frau L. Trittelvitz.

„Ringende Menschen" (Die Tragödie einer Familie).

Unser neuer Bethelfilm hat seine Reise durch die deutschen Städte und Dörfer angetreten. Nun ist uns vielfach der Wunsch ausgesprochen, ihn doch noch einmal hier in Bethel zu zeigen. Gern erfüllen wir diesen Wunsch der vielen, denen es nicht möglich gewesen ist, s. Zt. an den ersten Veranstaltungen teilzunehmen.

Die Vorführung findet statt:
Mittwoch, den 11. Oktober 1933, 8 Uhr abends im Assapheum Bethel. Eintrittspreis: Erwachsene 30 Pfg., Schüler 20 Pfg. (Reichsgeld). Kartenverkauf an der Ophir- und Dankortkasse, im Telephonhaus u. an der Abendkasse.

i. A. Filmstelle Bethel.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Bad Salzuflen (am Teutoburger Wald) Herz - Rheuma - Nerven - Luftwege. Herbst- u. Winterkuren.